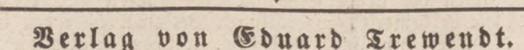
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 138. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. März 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 21. März. Aus Zara wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß die Türken eine Recognoscirung gegen Grab vorgenommen und dann sich wieder in ihre Stellungen zurückgezogen hatten. Auch die Insurgenten behaupten ihre Stellung bei Settinizza und auf den Höhen gegen Grahowo, sowie die Verbindung mit der Suttorina. Die Montenegriner erwarten Verstärkungen.

Nach Berichten aus Syra vom 17. d. M. war die Ordnung durch die königlichen Truppen daselbst wiederhergestellt. Die Aufständischen, welche zur Befreiung der Gefangenen nach Kydno gegangen waren, sind von der königlichen Fregatte „Amalie" angegriffen, auf die Insel zurückgeworfen worden, und haben sich nach einem stattgehabten Gefechte ergeben. — Eine Deputation aus Nauplia war in Athen eingetroffen, um die Gnade des Königs zu erbitten.

Wien, 31. März. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurden alle drei Commissionsanträge: auf durchweg imperative, auf theils imperative, theils fakultative, und endlich auf bedingt fakultative Lehnsablösung abgelehnt. Der Antrag des Abgeordnetenhauses wird nur zur Verhandlung kommen.

Paris, 20. März. Der Senat ist über die Interpellation des Marquis Larochejacquelin wegen der Bedeutung, welche Ratazzi im turiner Parlament der franz. Senats-Adresse beigelegt hat, zur Tagesordnung übergegangen.

Im gesetzgebenden Körper ist das sich gegen den englisch-franz. Handelsvertrag aussprechende Amendement verworfen.

Laut turiner Berichten wird wahrscheinlich Marquis Torrearsa das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Rußland soll eine günstigere Stimmung für das Königreich Italien zu erkennen gegeben haben.

Preußen.

Berlin, 21. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg den rothen Adlerorden erster Klasse zu verleihen; den seitherigen Propst Wunder in Königsberg zum wirklichen Domherrn bei der ermländischen Kathedral-Kirche zu Frauenburg zu ernennen; sowie die Wahl des Proretors am Gymnasium in Greifswald, Professor Dr. Otto Nitzsch, zum Direktor derselben Anstalt und der damit verbundenen Realschule zu bestätigen; und dem ersten Secretair bei der königlichen Bibliothek hierselbst, Emil Kunstmann, den Charakter als Rechnungs-Rath zu verleihen.

Ihre Majestät die Königin haben allergnädigst geruht, dem Schirm-Fabrikanten M. Mathias zu Königsberg in Pr. das Prädikat Allerhöchstihres Hoflieferanten zu verleihen.

Am Gymnasium zu Krotoschin ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Junghahn als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. Am Gymnasium zu Treptow a. R. ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Sudhaus als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. Majajestät der König haben allergnädigst geruht: dem Eisenbahn-Director Haehner zu Köln die Erlaubniß zur Anlegung des von des Herzogs von Nassau Hoheit ihm verliehenen Komthur-Kreuzes zweiter Klasse vom Militär- und Civil-Verdienst-Orden Adolphs von Nassau, und dem Seconde-Lieut. a. D. Zweigert zu Berlin, zur Anlegung des ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens vom heiligen Grabe zu Jerusalem und der päpstlichen Medaille „Pro Petri Sede" zu ertheilen. (St.-Anz.)

Berlin, 21. März. [Das Ministerium und die Wahlen.] Die „Nat.-Ztg." schreibt: Wenn man das im reinsten Geiste der Feudalpartei abgefaßte Sündenregister, welches gestern die „Sternztg." dem Abgeordnetenhause vorhielt, mit dem früheren Vorgehen der Regierung dem Herrenhause gegenüber vergleicht, so muß man über die ungleiche Behandlung staunen. Die Majorität des Adelshauses hat den zurückgetretenen Ministern eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen mit Ausbrüchen des Hohnes vor die Füße geworfen, welche mit der durchaus sachlichen und gehaltenen Debatte über den Hagen'schen Antrag nicht den entferntesten Vergleich zuließen. Was ist zur Wahrung des Ansehens der Krone gegen diesen parlamentarischen Factor geschehen? Sobald aber das Volkshaus nach jahrelangem Bücken und Schmiegen auf einem Gebiete, das im eigentlichsten Sinne seiner Competenz angehört, einen ersten mißliebigen Beschluß faßt, rufen Regierung und Adelsmajorität verein', daß es jetzt den Entscheidungskampf gelte, ob königliches oder parlamentarisches Regiment?

Den einzigen Unterschied gegen den Wahlkampf, wie Hr. v. Westphalen und Hr. v. d. Heydt ihn früher auffaßten, finden wir in der Versicherung, daß er von der Regierung mit „gesetzlichen Mitteln" geführt werden soll. Doch abgesehen von der Dehnbarkeit dieses Ausdrucks, und angenommen, daß er im strengen Sinne zu verstehen ist, in welche Lage gerathen wir damit? In einem monarchischen Staate verhängt die Regierung eine Volksabstimmung, ob das Land dem König treu sein will oder nicht? Und dabei will sie sich ganz unparteiisch verhalten, wie auch die Antwort ausfallen möge! Ist eine verderblichere Bahn je eingeschlagen worden?

Vermische man in ungestümem Eifer nur nicht die allerunverträglichsten Systeme. Der altpreußische Absolutismus beruhte auf patriarchalischen Anschauungen, die in sich vollkommen geschlossen und consequent waren. Die königliche Gewalt waltete unumschränkt, sie ließ sich aber kein besonderes Vertrauensvotum ertheilen, weder von dem Adel noch von dem Volke, welches den Gebrauch der Macht ausdrücklich ihrem Ermessen anheimstellte. Dieser letztere Modus ist dem neuen französischen Kaiserreich eigenthümlich; hier wird von Zeit zu Zeit das persönliche Vertrauensvotum erneuert, welches die Nation ihrem Erwählten gab, als sie ihn auf den Thron berief.

Bei einer Abgeordnetenwahl in Preußen handelt es sich weder um solches Vertrauen noch Mißtrauen, sondern gerade um ganz bestimmte Einzelfragen, um die Ausübung ganz positiver Rechte, welche der zweiten Kammer verfassungsmäßig zustehen. Von dieser Auffassung allein, die unseren Staat vor den heillosesten Wirren bewahren kann, werden die Wähler durch keine Kundgebung, welches Ursprungs sie auch sei, sich abdrängen lassen.

Berlin, 21. März. [Die Aufgabe des Herrn von der Heydt,] mit welcher derselbe das Finanz-Ministerium übernommen, ist — wie die „B. B. Z." schreibt — natürlich Geld, wieder Geld und abermals Geld zu schaffen. Um dabei der Forderung der großen Majorität der Nation zu genügen, die sich bei den letzten Wahlen sehr entschieden gegen die fernere Forterhebung des Steuerzuschlages von 25 pCt. zu kriegerischen Zwecken im Frieden ausgesprochen hat, und die bei den neuen Wahlen hoffentlich diese Erklärung in noch entschiedener Weise wiederholen wird, sind dem Vernehmen nach von dem neuen Finanzminister eine Reihe von Plänen aufgestellt, durch welche Quellen erschlossen werden sollen, deren ergiebiger Fluß den Anforderungen des Militär-Etats entsprechen soll, ohne (nach der Lesart des Herrn v. d. Heydt) das Land mit einer fühlbaren Ausgabe zu unproductiven Zwecken zu belasten. Es liegt auf der Hand, daß es bei dieser zarten Rücksicht auf die große Mehrheit, auf die sogenannte wohl situirte Minderheit, auf den wohldenkenden Theil der Nation abgesehen ist, und da der rechnende Theil, der Handelsstand, eben dazu gehört, vornehmlich auf diesen. In der That hören wir denn auch, daß der neue Finanz-Minister seine früheren Berufsgenossen in erster Reihe ins Auge faßt, und den Handelsstand vorwiegend für das Militärbudget in Leidenschaft zu ziehen gedenkt. Es wird uns in ziemlich bestimmter Weise mitgetheilt, daß der neue Finanz-Minister der neuen Landesvertretung alsbald nach ihrem Zusammentritt Gesetzvorlagen machen wird, wegen Entrichtung einer neuen Stempelsteuer von kaufmännischen Kladden und kaufmännischen Hauptbüchern, ferner wegen Entrichtung einer Stempelsteuer von allen Quittungen über 50 Thlr., endlich wegen Einführung einer Tabaksteuer. Auch die Einführung einer Couponssteuer ist lebhaft erörtert und der Gedanke wegen der Greifbarkeit des Objectes mit der ganzen Liebe, welcher ein Finanzminister immer nur fähig ist, aufgenommen; man hat sich indeß noch zu guter Stunde der Einkommensteuer erinnert und den Widerspruch vergegenwärtigt, welchen eine doppelte Besteuerung des Einkommens auch bei dem wohldenkenden Theile der Nation — und zwar in wirklich gefährlicher Weise — hervorrufen müßte. Ueber das Detail der Pläne vernehmen wir vorläufig nur, daß die Stempelsteuer von den gedachten kaufmännischen Büchern vollständig den diesfälligen Gesetzen in Oesterreich, dessen finanziellen Operationen wir uns also bereits nähern, nachgebildet ist. Die betreffenden Gesetze (auch die Tabaksteuer besteht bekanntlich in Oesterreich) haben leider Oesterreichs Finanzen nicht vor vollständigem Ruin schützen können; daß sie Preußens Finanzen davor bewahren werden, können wir von ihnen allein wohl eben wenig hoffen. Unsere Zuversicht aber, daß die Finanzlage Preußens noch lange nicht jener Oesterreichs ähnlich werde, beruht darauf, daß auch der wohldenkende Theil der Nation der Importirung österreichischer Finanz-Kunststückchen entgegentreten und bei den Neuwahlen dafür Sorge tragen wird, daß die Landesvertretung die neuen Pläne des Finanzministers verwirft und den vielbelasteten Handelsstand vor einer neuen Last bewahrt, deren demnächstige Schwere sich in Anbetracht der steten Steigerung gar nicht übersehen läßt.

Wie man uns heute versichert, wird die beabsichtigte Convertirung der 4½ %igen Preußischen Anleihe in eine 4%ige nicht sofort in Beziehung auf alle Anleihen zur Ausführung gebracht werden, was jedenfalls schon deshalb seine großen Mißlichkeiten haben würde, da man doch die zu convertirenden Anleihen zur eventuellen Rückzahlung kündigen müßte, und da diese doch wenigstens möglicherweise von Vielen acceptirt werden könnte. Man will deshalb nach unseren heutigen Informationen die Convertirung zunächst auf die beiden Anleihen vom Jahre 1852 und 1854 beschränken und dann allmählich weiter fortschreiten.

**** Berlin,** 21. März. [Ministerielles. — Wahlreskript. — Schildknecht. — Dienstreglement.] Der Staatsminister a. D. v. Auerswald wird durch seine Krankheit voraussichtlich noch längere Zeit hier zurückgehalten werden. Derselbe gedenkt sich, sobald er so weit hergestellt sein wird, aufs Land nach Preußen zu begeben. — Der Staatsminister a. D. Graf Schwerin wird Berlin und das Hotel des Ministeriums des Innern am Ende der nächsten Woche verlassen. — Der Staatsminister a. D. Frhr. v. Patow hat sich gestern Abend mit seiner Gemahlin zu seinem schwer erkrankten Schwiegervater, dem Senator Reichsfreih. v. Günderode nach Frankfurt a. M. begeben. — Das Staatsministerinm trat heute Vormittag im Gebäude des Herrenhauses zu einer Sitzung zusammen. — Wie schon mitgetheilt, beabsichtigt der Oberpräsident von Brandenburg Dr. v. Flottwell sich wegen seines vorgerückten Alters in das Privatleben zurückzuziehen. Ein weit verbreitetes Gerücht bezeichnet bereits als seinen Nachfolger den Oberpräsidenten der Provinz Posen von Bonin, und für diesen den Staats-Minister außer Dienst von Bernuth, eine in der Provinz Posen mit Recht hochgeachtete und beliebte Persönlichkeit. — — Wie die „Volksztg." hört, hat der Graf Schwerin noch kurz vor seinem Abgange einen Erlaß in Betreff der Wahlen an die Regierungen unterzeichnet, in welchem denselben ausdrücklich aufgegeben wird, in den Wahlen die Stimmung des Landes frei und unverfälscht zum Ausdruck gelangen zu lassen. Wird dieser bereits an die Regierungen versandte Erlaß jetzt einfach zu den Akten gelegt oder durch ein neues Reskript unseres jetzigen Ministers des Innern aufgehoben werden? — Wie der „Publicist" meldet, ist am Mittwoch Abend der durch das angeblich beabsichtigte Attentat auf Se. Maj. den König bekannt gewordene Kürschnergeselle Schildknecht wegen partiellen Wahnsinns nach der Irrenstation der Charite abgeführt worden. Aus dem Umstande, daß die Feststellung des Wahnsinns in so kurzer Zeit nach der Verhaftung des Schildknecht erfolgt ist, dürfte zu schließen sein, daß die Geistesstörung desselben nicht dem geringsten Zweifel unterliegt. Uebrigens war, wie man hört, Schildknecht nicht direct aus der Schweiz, sondern über Paris hierher gekommen. — Der stellvertretende Polizei-Präsident Geh. Reg.-Rath v. Winter hatte dieser Tage die Concessions-Inhaber der hiesigen Dienstmanns-Institute zu einer Conferenz versammelt. Wahrscheinlich wird, wie für das öffentliche Fuhrwesen, ein polizeiliches Dienst-Reglement erlassen werden.

Krotoschin, 18. März. [Verurtheilung.] Am 6. d. M. stand hier vor dem Gericht der Dekan und Propst Kosinski aus Kozmin, angeklagt auf Grund des § 100 des Stragesetzbuches, weil er am 17. November v. J., zur Betheiligung an den Urwahlen auffordernd, gesagt hatte: „Am Dinstag sind die Wahlen. Früh ist auf diese Intention hin eine Andacht, damit für die Deputirten-Versammlung solche Leute gewählt werden, die unsere Bedrückungen, unsere Beschwerden und Anliegen dort vorbringen. Möget Ihr ja Alle Euch versammeln und Keiner fehlen, denn wählet Ihr nicht unsere Leute, so werdet Ihr Eure Stimmen nicht durchbringen und unsere Feinde werden siegen. Man will uns in unserer Religion stören und uns an unserer Kirche irre machen. Unsere Feinde wenden Alles an, um uns zu schaden. Sie schicken Aufrufe aus, die aber keine Unterschrift tragen, und diese schicken sie an Leute, die es nicht verstehen. Warum schicken sie dieselben nicht an mich? Weil ich es zu gut verstehe. Laßt Euch nicht irre führen! Daß Jeder zur rechten Zeit da sei! Die Auswärtigen mögen nicht zur Andacht kommen, denn sie sind sonst nicht im Stande, zur rechten Zeit zugegen zu sein. Nur die Einheimischen mögen kommen" ꝛc. — Der Angeklagte erschien in Begleitung seines Vertheidigers, des Assessors Krauthofer aus Posen, und bestreitet die Anklage. Die Verhandlung führt zu einem zweimaligen Zurückziehen des Gerichts behufs Beschlußnahme, ob Krauthofer als Vertheidiger zuzulassen u. A. Der Angeklagte wendet ein, er habe in der Kirche vor dem Nebenaltar eine Privatunterredung mit den Anwesenden gepflogen, habe ein von hier in polnischer Sprache ausgegangenes Circular, dessen Beschlagnahme später vom Gerichte verfügt sei, bei den Anwesenden widerlegen wollen, habe gesagt: das Placat berge strafbaren Inhalt und habe vor demselben gewarnt. Die gravirenden Worte der obigen Rede stellt der Angeklagte wiederholt in Abrede und will sie nur in Beziehung auf das hiesige Wahl-Comite gebraucht haben. Drei von den vernommenen Zeugen wissen von der Rede nichts, da sie darauf nicht gehört haben; zwei andere Zeugen bekunden indeß großentheils den Wortlaut der Rede. Die Vertheidigung beantragt die Verlesung des polnischen Wahlaufrufs. — Der Staatsawalt beweist, daß jener Aufruf einen strafbaren Inhalt nicht berge, führt aus, daß die Rede auf die Anwesenden nur die Wirkung haben konnte, sie anzureizen, und wenn diese Absicht auch der Angeschuldigte in Abrede stelle, so sei dies unerheblich. Er erinnert an die Ereignisse in Kozmin von 1848, wo ein Weib einen preußischen Soldaten gemordet, und beantragt 6 Monate Gefängniß. — Der Vertheidiger erwidert: Die nach der Hegemonie in der Provinz Posen strebenden Deutschen hätten nach dem Ausfall der letzten Wahlen gesehen, daß die längst todt geglaubten Polen durch eine ganz geringe Anstrengung den Deutschen eine arge Niederlage bereitet hätten, und diese wollten die Polen gerne wieder mit der Todtenmaske bedecken. Sie bestrebten sich daher, Verfolgungen eintreten zu lassen, indem sie das Gesetz mit Haaren herbeizögen. Es gebe freilich noch eine andere Partei der Deutschen (die da mit den Polen in Frieden leben wollten), die Anklage aber sei ein Gelüste jener Partei. Die Vertheidigung führt ferner aus, daß es Pflicht jedes Staatsbürgers ist, sich um die Wahlen zu kümmern; in jedem constitutionellen Staate seien Parteien, und jede Partei kämpfe, um die andere Partei zu besiegen. Sie zergliedert die Rede, sucht dieselbe als ganz harmlos hinzustellen und behauptet, daß die Angriffe gegen die Partei des „Dziennik poznanski", oder gegen die des „Tygodnik katolicki" gerichtet gewesen seien, und selbst, wenn man annehme, es seien die Deutschen gemeint, so sei es ja bekannt, daß die evangelische und katholische Kirche nicht im Frieden lebe. Aber es wären die Feinde in dem Aufrufe gemeint. Denn dort wäre den Bauern gesagt, sie wären nur zum Eigenthum durch die preußische Regierung gelangt, und doch wäre Polen nur gehindert gewesen, factisch die Leibeigenschaft aufzuheben; denn die polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 habe dies bereits gethan, indeß in Preußen die Aufhebung der Leibeigenschaft erst 1810 beschlossen wurde. Die Vertheidigung beantragt Freisprechung. — Die Staats-Anwaltschaft widerlegte die Anführungen der Vertheidigung, wies nach, daß die Rede die Sehnsucht nach anderen Zuständen wecken mußte, und wenn der Angeklagte die Partei des „Tygodnik" oder „Dziennik" gemeint habe, so hätte er dies den Zuhörern, die von diesen Parteien nichts wissen, sagen sollen. Jene werden bei der Rede aber nur an die früher versprochenen 3 Morgen Acker gedacht haben, und aus dem Plakat konnte der Angeklagte keine Veranlassung zu der Rede entnehmen, da dasselbe keine regierungsfeindlichen Absichten verfolgte. — Der Gerichtshof verurtheilte schließlich den Angeklagten zu 50 Thlr. oder 3 Wochen Gefängniß, und motivirte dies Urtheil durch ein ausführliches Erkenntniß. Wie wir hören, hat sowohl der Beschuldigte, als auch der Staatsanwalt gegen das Urtel Berufung eingelegt. (Pos. Ztg.)

Stettin, 20. März. [Züsammenhalten gegen das Ministerium.] Es wurden hier Einleitungen getroffen, um ein Comite für constitutionelle Wahlen im Anschluß an das berliner Programm zu bilden. Als jedoch die neue Ministerliste eintraf, wurde der Antrag angenommen, jede weitere Thätigkeit für den genannten Zweck einzustellen, weil es dem neuen Ministerium gegenüber keine Parteien mehr, sondern nur ein einiges Volk von gleichgesinnten Vaterlandsfreunden gebe. (Dieser Beschluß ist so klar und so durch die Umstände geboten, daß es nur zu verwundern ist, wenn er nicht überall gefaßt wird. D. Red. d. Bresl. Z.) Hiernach steht also eine Opposition gegen die Wiederwahl von Prince-Smith seitens der constitutionellen Partei nicht in Aussicht. (N. St. Z.)

Oesterreich.

Triest, 18. März. [Zur Lage in Griechenland.] Was der „Nord" und die französischen Blätter von hier über die Zustände in Griechenland mittheilen, kommt aus unlauterer Quelle. Die Regierung in Athen ist noch vollkommen Herr der Situation und sie verfolgt die Fäden der allerdings weitverzweigten Verschwörung, die, wie vorauszusehen war, bis nach Epirus und Thessalien hineinreicht. Daß die Regierung die Mittel in Händen hat, ihre Autorität zu behaupten, wenn nicht etwa Expeditionen aus Italien den Insurgenten zu Hilfe kommmen, geht schon daraus hervor, daß, wie man uns aus St. Maura berichtet, zwei griechische Dampfer mit 470 Soldaten an der Küste von Akarnanien Landungen vornahmen, um die dortigen Verschworenen zu verhaften. So wurden in Pagliokaglia 35 Personen vom Civil und Militär verhaftet, worauf sich der Dampfer nach Vonitza an der Grenze von Epirus begab.

Daß irgend eine Gefahr gegen die Küsten von Albanien in nahem Anzuge sei, geht aus gestern hier angelangten Nachrichten hervor, es hat sich nämlich das ganze türkische Geschwader von der Bucht von Antivari in Bewegung gesetzt. Da nun Antivari bisher als der bedrohteste Punkt galt, so müssen an einem andern Orte verdächtige Anzeichen vorgekommen sein. Jedenfalls scheint sowohl die griechische wie auch die türkische Regierung von allen Planen und Bewegungen gut unterrichtet zu sein. Lächerlich sind schon die Berichte aus Athen im „Nord" und Blättern seines Schlages wegen ihrer greulichen Widersprüche. Einerseits heißt es, die königlichen Truppen werden geschlagen, und die treuen Truppen bedauern, nicht in Nauplia zu sein, und gleich darauf wird die Amnestie getadelt, die den Soldaten in Nauplia eine Frist vor dem Bombardement gewährt, weil sie die unschuldigen Bürger in Nauplia nicht berücksichtigt. Wenn die treuen Truppen wirklich es mit den Rebellen halten, so könnten sie ihnen doch außerhalb Nauplia von viel größerem Nutzen sein, da dem Könige keine andere Armee zu Gebote steht. (Diese Auffassung der Sachlage wird durch inzwischen eingetroffene Telegramme großentheils bestätigt. Die Red.)

Italien.

Neapel, 15. März. Nach einem mir zu Gesicht gekommenen Briefe eines in Turin hochgestellten Beamten wird Victor Emanuel in Begleitung von Garibaldi wahrscheinlich in Kurzem nach Neapel kommen, um die süd-italienische Armee zu reorganisiren. Letzterer hat an das hiesige Damen-Comite für Rom und Venedig, das ihm die Ehren-Präsidentschaft angeboten hat, folgendes Schreiben gerichtet:

Liebenswürdigste Damen! Ich schreibe Ihnen, gerührt von Dankbarkeit und Bewunderung über Ihre edle Handlung. Ja, Frauen, ergreift Ihr die Sache der verlassenen Sklavinnen. Sagt dieser Generation Jünglinge, daß sie zu einer der größten Thaten der Welt berufen sind, daß Alle dazu beitragen müssen, sie glücklich zu Ende zu führen. Euer auf's Leben

Garibaldi.

In dieser Woche wurde zum erstenmale Schiller's Maria Stuart in der Uebersetzung von Nicolini unter allgemeinem Beifall aufgeführt. Bekanntlich waren die Werke Göthe's und Schiller's unter der Regie-

rung der Bourbonen sowohl für die Bühne als für den Buchhandel verboten.

Frankreich.

Paris, 19. März. [Zur italienischen Frage.] Der Baron Brenier ist Senator; er war französischer Gesandter in Neapel zur Zeit Franz II. und es ist bekannt, daß er in jenen schwierigen Zeiten eine sehr wichtige Rolle gespielt hat. Statt im Senate sein Herz auszuschütten, hat er es soeben in einer Broschüre gethan, welche sich über das Verhältniß Frankreichs zu Italien ausspricht und in Betracht der persönlichen Stellung des Verfassers Aufmerksamkeit verdient. Der Baron Brenier ist nichts weniger als ein „Reactionär", Franz II. hat ihm nicht viel Gutes nachzusagen u. seine Reden im Senate über die römischen Angelegenheiten schützen ihn vor dem Verdachte des „Klerikalismus"; dazu kommt, daß er eben nicht zu jenen Staatsmännern gehört, welche wissentlich etwas sagen möchten, was in offenbarem Widerspruch mit dem „Gedanken" des Kaisers steht. Kurz, wenn ein solcher Mann den Stab über das „Königreich" Italien und die italienische Einheit bricht, wenn er Feuer und Flamme gegen Piemont speit und Frankreich vor den Folgen einer Allianz mit einer Regierung warnt, welche in der „verwerflichsten Weise" gegen den König von Neapel zu Werke gegangen sei und im Falle europ. Verwickelungen keinen Anstand nehmen werde, sich England in die Arme zu werfen, dann fragt man sich unwillkürlich, ob sein Schmerzensschrei nicht das Echo von Auslassungen aus den Tuilerien ist, welche zum mindesten die dort herrschende Rathlosigkeit bekunden. Der Baron Brenier sagt nichts, was die Gegner der italienischen Einheit nicht schon längst gesagt hätten, aber in seinem Munde hat es eine besondere Wichtigkeit. Er stimmt übrigens mit den alten und systematischen Gegnern der Unifikation Italiens nur darin überein, daß er wie sie diese Unifikation eine Unmöglichkeit, eine Idee Mazzini's nennt und behauptet, es sei die höchste Zeit, auf das Projekt der Conföderation zurückzukommen, aber auf diesem Punkte angelangt, dreht er ihnen den Rücken, denn während sie in der Conföderation auch die Wiederherstellung der legitimen Dynastien einbegriffen wissen wollen, hält er diese Dynastien offenbar für immer beseitigt und meint, daß sich für die wieder hergestellten italienischen Nationalitäten schon neue Dynastien finden würden. Was uns anbelangt, so halten wir das Geplauder von einem Zurückkommen auf das Projekt der Conföderation für sehr gedankenlos, wenn es so zu verstehen sein soll, daß man die Diplomatie mit diesem Geschäft betrauen könne. Wir begreifen, daß aus einem allgemeinen Kriege die Autonomie der italienischen Staaten wieder hervorgehen könnte, wir begreifen auch, daß eine siegreiche Erhebung der Anhänger der ehemaligen Souveräne diese wieder zur Herrschaft bringen könnte, und wenn z. B. heute die „Briganti" im Königreiche Neapel die Piemontesen aus dem Lande jagen und Franz II. wieder in Neapel einzieht, so würde kraft des Princips der Nichtintervention Niemand etwas darein zu reden haben; was aber über unser Verständniß geht, das ist die Abschaffung des Königreichs Italien auf diplomatischem Wege und in Betracht des Umstandes, daß es nicht leben und nicht sterben könne. Niemand kann Victor Emanuel zumuthen, daß er freiwillig die annectirten Länder wieder abtritt, und man mag über die „Volksabstimmungen" in Italien denken was man will, aber es würde dem Kaiser der Franzosen, der selbst aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangen ist, schlecht anstehen, wenn er plötzlich erklärte, er halte jene Abstimmungen für eine Komödie und ihr Resultat für seine Lüge, denn das „Suffrage universel" ist gar nichts oder es muß unfehlbar sein für seine Gläubigen, wie es die Kirche für die Katholiken ist. Angenommen daher, der Kaiser verzweifle an der italienischen Unification und er sehne sich wirklich nach seinem ursprünglichen Projecte zurück, so würde er sich auch sagen, daß die Zeit zum Handeln erst dann gekommen sein würde, wenn in Italien die Sache eine solche Wendung genommen habe, daß Victor Emanuel seiner Unterstützung bedürfe, um sich auf seinem eigenen Throne und im Besitze der Lombardei zu erhalten; hat Frankreich ihn gerettet, dann kann es ihm auch Bedingungen vorschreiben. Der Baron Brenier berührt diesen Punkt nicht, aber aus der Veröffentlichung seiner Broschüre überhaupt und besonders daraus, daß er von der Einsetzung neuer Dynastien spricht, schließen wir, daß die Verlegenheit in den Tuilerien groß ist, und daß man über die Mittel nachdenkt, sich aus derselben heraus zu ziehen. Die Verlegenheit muß um so größer sein, als von dem Augenblicke an, wo es erwiesen ist, daß die italienische Einheit nicht mehr auf die Sympathien Frankreichs zählen kann, verbrecherische Anschläge gegen die Person des Kaisers auch nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehören würden. — Niemand ist in diesem Momente schlimmer daran als die französischen Gesandten in Rom und in Turin; der eine, weil in der Kammerrede des Hrn. Billault der römische Hof stark geschüttelt, der andere, weil der Minister erklärte, von einer Räumung Roms könne bis auf weiteres keine Rede sein. Gewiß ist, daß die Herren v. Lavalette und Benedetti ihre Stellungen als kaum haltbar schildern; daher denn auch das offenbar übertreibende Gerücht, daß sie ihre Abberufung verlangt hätten. — Das Vertrauensvotum, welches dem Hrn. Ratazzi bewilligt wurde, heißt nicht viel, die Kammer wollte dem Minister Zeit gönnen, sich häuslich einzurichten. Voilà tout, und es war zwischen ihm und Garibaldi abgemacht, daß letzterer ihm die Motive der Versammlung von Genua zu Gunsten Mazzini's nicht vor der Discussion in der Kammer officiell vorlege. — Nächster Tage wird man erfahren, daß die franz. Armee in Italien verstärkt werden soll; wir wissen, daß in der Stille Vorbereitungen getroffen werden.

[Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Italien] steht am Abschlusse. Man versichert dem „Pays", daß die letzten Schwierigkeiten, die sich dem Austausche der Unterschriften entgegen stellten, gehoben sind. — Der Kaiser hat gestern, von einem Adjutanten begleitet, die Bibliothek besucht. Die Aufmerksamkeit Sr. Majestät wurde besonders durch die Landkartensammlung von Gallien, welche diese reiche Anstalt besitzt, in Anspruch genommen. — Die Anklage gegen den kürzlich verhafteten August Scheurer, Chemiker, wohnhaft in Thonon (Oberrhein), lautet wegen Aufreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung durch Austheilung einer Schrift, welche den Titel führt: „Le Lion du quartier latin". Außerdem wird er beschuldigt, die wahren Namen und Adressen des Verfassers oder des Druckers nicht angegeben zu haben. Die Sache kommt nächsten Freitag zur Verhandlung vor das Zuchtpolizeigericht.

Großbritannien.

London, 19. März. [Unterhaus-Sitzung vom 18. März.] Als Antwort auf eine Frage Tollemache's erklärt der Präsident des Handelsamtes, Herr M. Gibson, die Regierung habe sich in Bezug auf die Zollermäßigung des nach Frankreich eingeführten Salzes seit einiger Zeit der Hoffnung hingegeben, es werde im Einklange mit dem Geiste des englisch-französischen Handelsvertrages eine bedeutende Herabsetzung stattfinden. Es sei jedoch eine Verzögerung eingetreten, und zwar in Folge einer in Frankreich angestellten Untersuchung über die Accise auf in Frankreich erzeugtes Salz, da man nämlich in Frankreich bei Regulirung des Eingangszolles auf Salz die Accise berücksichtigen werde. Die engl. Regierung werde sich darüber zu vergewissern suchen, ob Aussicht auf eine baldige Erledigung der Frage vorhanden sei. Was Belgien betreffe, so könne er nur so viel sagen, daß die belgische Regierung noch nicht darein gewilligt habe, England in commercieller Beziehung eben so zu behandeln, wie es viele andere Länder behandeln, und daß England sich in seinem Handelsverkehr mit Belgien nicht derselben Vortheile erfreue, wie z. B. Frankreich. Doch werde die englische Regierung das Ihrige thun, um zu verlangen, daß England mit den meistbegünstigten Nationen auf einen Fuß gestellt werde. Seines Wissens sei Herr Mallet nicht angewiesen worden, zu Berlin Vorstellungen in Bezug auf Salz zu machen. Es sei jetzt keine Gelegenheit vorhanden, der preußischen Regierung Vorstellungen über eine Revision des Zollvereins-Tarifs zu machen. Er könne daher nicht sagen, daß Mallet irgend welche Instructionen in Bezug auf diese Angelegenheit erhalten werde. Gregson lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Stellung der brit. Kaufleute in China, und beantragt eine Resolution, welche dahin lautet, daß ihnen in den dem britischen Handel vertragsmäßig erschlossenen Häfen der gehörige Schutz zu gewähren sei. Er verliest Aussagen von, wie er bemerkt, zuverlässigen Personen über den Charakter der Taipings, d. h. der chinesischen Rebellen, welchen zufolge dieselben keineswegs eine politische Partei, sondern ganz einfach gemeine Mordbrenner wären. J. Turner unterstützt den Antrag und hebt die Wichtigkeit des Handelsverkehrs zwischen Schanghai und Manchester hervor. Auch Oberst Sykes stimmt der Resolution bei, stellt jedoch in Abrede, daß auch nur ein einziger erwiesener Fall vorliege, wo ein britischer Unterthan von den Taipings ermordet oder britisches Eigenthum durch dieselben gefährdet worden sei. Die Taipings seien gar nicht so schlimm, die Angst wegen Schanghai's erscheine als nicht gerechtfertigt, und eine Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten China's würde verwerflich sein. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Herr Layard, bemerkt, die Regierung habe sich nach Kräften bestrebt, an einer Politik der Mäßigung und der Nichtintervention festzuhalten; bei den gegenwärtig in China herrschenden Zuständen sei dies jedoch schwer. Aus allen Nachrichten, welche die Regierung erhalten habe, scheine nur das Eine hervorzugehen, daß die unter dem Namen Taipings erkannte Partei keine Politik habe und vollständig unfähig sei, eine Regierung zu gründen. Sie seien eben blos eine wüste Räuberbande. Man habe wohl davon gesprochen, sie hätten die Absicht, das Christenthum in China einzuführen und die alte Dynastie wieder herzustellen. Aber das sei ein Wahn, von dem sich nachgerade so ziemlich ein Jeder, mit Ausnahme des Obersten Sykes, losgesagt hat. Wo der Fuß der Rebellen hintrete, da beginne das Reich der Verwüstung und des Mordes. In einigen von ihnen heimgesuchten Gegenden habe eine furchtbare Abnahme der Bevölkerung stattgefunden, während an anderen Orten die Bevölkerung geradezu ausgerottet worden sei. Unlängst sei ein neues Ministerium in Peking ans Ruder gelangt, und den Mittheilungen des britischen Gesandten zufolge sei ein großer Umschwung in der kaiserlichen Politik eingetreten. Ein großer Stapelplatz des britischen Handels sei bedroht. Da dürfe die englische Regierung nicht die Hände in den Schooß legen und ruhig zusehen, wie derselbe zerstört werde. Es handle sich hier nicht um Neutralität, sondern um Humanität. Die Taipings seien entschlossen, Schanghai zu ruiniren, und es würde sträflich von England sein, wenn es dies duldete. Die Regierung habe daher Instructionen ertheilt, Schanghai zu vertheidigen, und sei entschlossen, die anderen den Engländern vertragsmäßig erschlossenen Häfen gleichfalls zu vertheidigen. Nach dieser Erklärung zieht Gregson seinen Antrag zurück.

Breslau, 22. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 63a ein schwarzer Düffelüberzieher mit schwarzem Tuchfutter; auf dem in der Schwertstraße belegenen Wäschetrockenplatze ein weißer Unterrock; Ring Nr. 12 ein Stück glatter seidener Changeant; Oder-Straße Nr. 4 ein braun geblumter Kattunrock ohne Leibchen, eine braun und weiß gepunkte Jacke mit blauem Parchentfutter, eine braun und weiß gestreifte Schürze und ein roth geblumtes Halstuch; Graben Nr. 4 eine weiße gehäkelte Sophadecke und zwei filirte weiße Tischdecken; Karlsstraße Nr. 28 eine kleine Uhr mit einem Gehäuse von Bronce und ein kupfernes Gefäß mit Henkel; Bischofsstraße Nr. 9 eine graue Düffeljacke und ein schwarz und grau karrirtes Kindermäntelchen mit schwarzen Sammtbändchen eingefaßt; Gartenstraße Nr. 11 eine goldene Taschenuhr mit silbernem Zifferblatt und römischen Zahlen, nebst Haarkette mit goldenen Gliedern und dergleichen Schloß, ein Paar grau und schwarz gestreifte Bukskin-Beinkleider, ein Paar grauseidene roth gestreifte Gummi-Hosenträger, ein Paar kalblederne Stiefeln und ein Portemonnaie, in welchem sich 20 Sgr., ein kleiner Schlüssel mit rothseidenem Bändchen und ein Lotterieloos, Nr. 11700 befanden.

Polizeilich mit Beschlag belegt wurden: eine Baumsäge und eine kleine Garten-Handspritze, ein Paar Frauenstrümpfe, eine neue Waschleine, eine hellbraune wollene Pferdedecke, eine tuchene Wagensitzdecke, eine Peitsche und ein grauleinener Sack.

Verloren wurden: ein goldener Reifring mit einem kleinen Brillanten und ein Damensiegelring mit weißem Stein.

Gefunden wurden: zwei Bund Schlüssel und ein einzelner kleiner Schlüssel. (Pol.-Bl.)

Meteorologische Beobachtungen.

	Stationen.	Barometer bei 0 Gr. R. Par. Maß.	Luft-Temperatur. Reaumur.	Wind.	Allgemeiner Witterungs-Zustand.
Am 18. März, 8 Uhr Morg.	Wien	28 1,17	+2,6	S. beinahe 0.	Heiter.
	Paris	28 0,46	+6,5	SSO. 1.	Schön. Hor. bew.
	Greenwich	27 9,76	+4,2	SW. 3.	Regen.
	Petersburg	28 2,19	−5,2	W. 1.	Bewölkt.
	Moskau	27 8,47	−7,7	N. 3.	Heiter.
	Madrid	27 10,78	+6,5	NO. 0.	Bedeckt.
Am 20. März, 8 U. Morg.	Berlin	27 7,94	+5,0	W.	Bedeckt.
	Königsberg	27 8,21	+1,6	SW.	Fallender Nebel.
	Breslau	27 4,75	+6,4	SW.	Bewölkt.
	Köln	27 6,79	+6,4	SSO.	Trübe.
	Frankfurt a. M.	27 4,66	+6,7	—	Heiter.
Breslauer Sternwarte.					
21. März 10 U. Abds.		27 2,03	+8,4	SO. 1.	Heiter.
22. März 6 U. Morg.		27 2,37	+3,6	W. 1.	Nebel.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. März, Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete zu 69, 95, fiel auf 69, 90, stieg auf 70, 20 und schloß fest und ziemlich belebt zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 10 4½prz. Rente 98, —. 3prz. Spanier 48. 1prz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 508. Credit-mobilier-Aktien 773. Lomb. Eisenbahn-Aktien 545. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 21. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 94. 1prz. Spanier 43. Mexikaner 34¾. Sardinier 81. 5prz. Russen 99. 4½proz. Russen 93. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8¼ Sch., Wien 13 Fl. 95 Kr. — Der Dampfer „Etna" ist aus Newyork eingetroffen.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 19,870,150, der Metallvorrath 16,548,586 Pfd. St.

Wien, 21. März, Mittags 12 Uhr 30 Min. Börse fest. 5proz. Metall. 70, 20. 4½proz. Metall. 61, 50. Bank-Aktien 830. Nordbahn 217, —. 1854er Loose 91, 50. National-Anleihe 84, 10. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 274, 50. Creditaktien 203, 50. London 136, 90. Hamburg 101, 80. Paris 54, —. Gold —, —. Silber . —. Elisabetbahn 158, —. Lomb. Eisenbahn 269, —. Neue Loose 130, 80. 1860er Loose 92, 80.

Frankfurt a. M., 21. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterreichische Credit-Aktien fester und etwas höher. Bexbacher beliebter. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 131. Wiener Wechsel 86⅛. Darmstädter Bank-Aktien 208½. Darmstädter Zettelbank 250. 5proz. Metall. 49⅜. 4½proz. Met. 43⅛. 1854er Loose 64½. Oesterr. National-Anleihe 59⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 234. Oesterr. Bank-Antheile 712. Oesterr. Credit-Aktien 175 Neueste österr. Anleihe 68½. Oesterr. Elisabetbahn 112. Rhein-Nahe-Bahn 26⅜. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 119.

Hamburg, 21. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Feste Stimmung. Schluß-Course: National-Anleihe 60¾. Oesterr. Credit-Aktien 74½. Vereinsbank 101⅝ Norddeutsche Bank 94 Rheinische 93½. Nordbahn 59¾. Disconto 2¼. Wien 104, —. Petersburg 29.

Hamburg, 21. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco weichende Tendenz, ab auswärts sehr flau. Roggen loco stille, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 85—86 einzeln, zu 84—85 mehr gekauft. Oel pr. Mai 28⅛, Okt. 26⅝. Kaffee fest, 5000 Sack loco Rio Laguayra nach Gothenburg versegelt, 3500 Sack Rio zu 7¼ umgesetzt. Zink 1000 Ctr. loco 12.

Liverpool, 21. März, Mittags 12 Uhr. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. Markt ruhig. Preise jedoch ohne bemerkenswerthe Veränderung. Wochenumsatz 29,350 Ballen, darunter 15,000 ostindischer.

London, 21. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizenpreise weichen, amerikanisches Mehl billiger. Schnee und Regen.

Amsterdam, 21. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen, poln. 5 Fl. niedriger. Roggen loco flau, Termine 2 Fl. höher. Raps April 82½ nominell, Oktober 72½. Rüböl Mai 44⅜, Herbst 41½.

Berlin, 21. März. Ohne daß die Stimmung der Börse verschlechtert hatte, war doch die Kauflust geringer, und die Haltung in allen Effektengattungen matter. Namentlich waren manche Crediteffekten, die, gestern noch von einer guten Meinung getragen, höher bezahlt wurden, heute angeboten, und konnten nicht ganz mehr den gestrigen Cours bedingen. Einzelne Eisenbahnaktien, (speciell Köln-Mindener, Potsdamer und Nordbahn machten eine Ausnahme; sie setzten die steigende Beweguug energisch fort. Der größte Theil der Papiere war dagegen nicht belebt, Geschäftslosigkeit zwar im Ganzen nicht vorhanden, aber nur in wenigen Papieren kam es trotz vielfach höherer Course zu einem belangreichen Umsatz. Der Geldmarkt zeigte sich heute noch weniger als gestern willig, Disconten waren mit 2¾ % nur schwer zu lassen. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 21. März 1862.

Fonds- und Geldcourse.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anleihe	4½	101½ G.
Staats-Anl. von 1850, 52, 54, 55, 56, 57	4½	102 bz.
dito 1853	4	100⅛ B.
dito 1859	5	108 B.
Staats-Schuld-Sch.	3½	90⅝ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121 G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅛ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92⅞ bz.
dito dito	4	101½ B.
Pommersche	3½	91⅞ bz.
dito neue	4	100¾ bz.
Posensche	4	104 bz.
dito	3½	98 G.
dito neue	4	98 G.
Schlesische	3½	92¾ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99¾ G.
Pommersche	4	99¾ bz.
Posensche	4	98¼ bz.
Preussische	4	99½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	98¾ G.
Sächsische	4	99¾ bz.
Schlesische	4	100 bz.
Louisdor	—	109⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metall.	5	51¼ B.
dito 54er Pr.-Anl.	4	66¾ B.
dito neue 100-fl.-L.	—	64 à 64¼ bz.
dito Nat.-Anleihe	5	61¾ bz.
dito Bankn.n.Whr.	—	74 bz.u.B.
Russ.-engl. Anleihe	5	99 etw. bz.
dito 5. Anleihe	5	84¼ G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	80½ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	84¾ bz.u.B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	92 etw. bz.u.G.
dito à 300 Fl.	5	94⅝ bz.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	84¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57¼ B.
Baden 35 Fl.	—	31½ G.

Actien-Course.

	Div. 1860	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	87⅞ bz.
Aach.-Mastricht.	—	4	23⅛ bz.
Amst.-Rotterdam	5	4	90½ bz.
Berg.-Märkische	5½	4	105¾ bz.
Berlin-Anhalter	6½	4	137¼ à ¾ bz.
Berlin-Hamburg.	6⅜	4	116½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	9	4	171 G.
Berlin-Stettiner	6⅛	4	127½ Anf. 128 bz.
Breslau-Freibrg.	5½	4	119½ à 120½ bz.
Cöln-Mindener	10⅛	3½	171½ à 172 bz. u.G.
Franz.St.-Eisenb.	7⅓	5	134 bz u.G.
Ludw.-Bexbach.	9	4	130 G.
Magd.-Halberst.	18⅜	4	280 bz.u G.
Magd.-Wittenbrg.	2	4	44⅛ bz u.B.
Mainz-Ludw. A.	5¾	4	119 à 119½ bz.
Mecklenburger	2⅜	4	58¾ à ½ bz.
Münster-Hammer	4	4	98½ G.
Neisse-Brieger	2⅓	4	69 à 69½ bz.
Niederschles.	4	4	98½ G.
N.-Schl.-Zweigb.	½	4	58 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	2¼	4	60½ à ¼ bz.
dito Prior.	—	4½	102½ G.
Oberschles. A.	7⅓	3½	139½ B.
Oberschles. B.	7⅓	3½	123½ bz.
dito C.	7⅓	3½	139½ B.
dito Prior A.	—	4	98 G.
dito Prior B.	—	3½	88 G.
dito Prior C.	—	4	96¼ G.
dito Prior D.	—	4	96¼ G.
dito Prior E.	—	3½	86½ bz.
dito Prior F.	—	4½	101⅛ G.
Oppeln-Tarnow.	½	4	39⅞ B.
Prinz-W. (St.-V.)	2	4	59 B.
Rheinische	4½	4	94⅜ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	99 G.
dito Prior.	—	4	93½ G.
dito III. Em.	—	4½	98¾ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	26⅛ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3½	3½	93 bz.
Starg.-Posener	3½	3½	94⅛ bz.
Thüringer	6½	4	116¼ bz.
Wilhelms-Bahn.	—	4	48⅜ bz.
dito Prior.	—	4	92¼ bz.
dito III. Em.	—	4½	95¾ G.
dito Prior St.	—	4½	89¾ bz.
dito dito	—	5	90 G.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1860	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5	4	116 B.
Berl.-Hand.-Ges.	5¼	4	85¼ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw.Bank	4	4	78¾ bz.
Bremer „	5	4	103½ B.
Coburg. Credit-A.	—	4	67¾ etw. bz.
Darmst. Zettel-B.	7½	4	100½ B.
Darmst.Credb.-A.	4	4	83⅜ bz.
Dess. Creditb.-A.	—	4	6⅞ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	5¼	4	93 à 93½ bz.
Genf. Creditb.-A.	2	4	41 bz.
Geraer Bank	4	4	86 bz.u.G.
Hamb. Nrd. Bank	4	4	92½ G.
„ Ver. „	4⅓	4	101 G.
Hannov. „	5¼	4	96 etw. bz.u.B.
Leipziger „	3	4	71¼ B.
Luxembrg. „	7⅓	4	102½ etw. bz.
Magd. Priv. „	3⅜	4	88 G.
Mein.-Creditb.-A.	5	4	87¾ à ¼ bz.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	25⅛ bz.
Oester. Crdtb.-A.	5	5	75 à 74¾ bz.
Pos. Prov.-Bank	5	4	94½ bz.u.G.
Preuss. B.-Anthl	5⅓	4½	119½ bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	95½ etw. bz.
Thüringer Bank	2½	4	56 B.
Weimar. Bank	4	4	79¼ G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¼ bz.
dito	2 M.	142¼ bz.
Hamburg	8 T.	151⅛ bz.
dito	2 M.	150½ bz.
London	3 M.	6. 21⅝ bz.
Paris	2 M.	79⅝ bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	73¾ bz.
dito	2 M.	73¼ bz.
Augsburg	2 M.	56.26 G.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56.28 G.
Petersburg	3 W.	93 bz. 3 M. 92¼ bz.
Warschau	8 T.	84 bz.
Bremen	8 T.	109⅞ bz.

Berlin, 21. März. Weizen loco 65—79 Thlr., bunter polnischer 75 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco 1 Ladung 80pfd. 51½ Thlr. ab Kahn bez., 78—80pfd. 50¾—51¼ Thlr. ab Bahn bez., schwimmend eine Ladung 80pfd. 50⅛ Thlr., März 50—49⅝—¾ Thlr. bez. und Br., ⅝ Thlr. Gld., Frühjahr 49⅝—⅜—⅝ Thlr. bez. und Br., ½ Thlr. Gld., Mai-Juni 49½—⅜—½ Thlr. bez. und Gld., ⅝ Thlr. Br. Juni-Juli 49¾—½—⅝ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br. Juli-August 49½ Thlr. — Gerste, große und kleine, 35—38 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 23—25 Thlr. nach Qual., Lieferung pr. März 23½ Thlr. Br. März-April dito, Frühjahr 23¼—⅜ Thlr. bez., Mai-Juni 23½ Thlr. bez., Juni-Juli 24¼ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 48—57 Thlr. — Rüböl loco 13 Thlr. Br., März und März-April 12 11/12 Thlr. Br., ⅞ Thlr. Gld., April-Mai 12⅞—11/12 Thlr. bez., Mai-Juni 13 Thlr. Br., 12⅞ Thlr. Gld., Juni-Juli 13 1/12 Thlr. Br., 13 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 12⅔ Thlr. bez. — Leinöl, loco 13 Thlr. bez. und Gld., Lieferung pr. Anf. April 13 Thlr. bez., April 12 11/12 Thlr. incl. Faß bez., April-Mai und Mai-Juni 12¾ Thlr. incl. Faß bez. — Spiritus loco ohne Faß 17 5/24 Thlr. bez., März und März-April 17½ Thlr. bez. und Gld., 7/12 Thlr. Br., April-Mai 17⅔—½ Thlr. bez. und Gld., 7/12 Thlr. Br., Mai-Juni 17⅚—¾ Thlr. bez., Br. und Gld., Juni-Juli 18⅙—1/24 Thlr. bez., 1/12 Thlr. Br., 18 Thlr. Gld., Juli-August 18 5/12—⅓ Thlr. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 18⅔—7/12 Thlr. bez. und Gld., ⅔ Thlr. Br., Septbr.-Okt. 18½ Thlr. bez. und Gld.

Stettin, 21. März. Weizen behauptet, loco pr. 85pfd. gelber 82—83pfd 76½—78 Thlr. bez., 84pfd. 78½ Thlr. bez., bunter polnischer 73—76 Thlr. bez., gelber galizischer 72—76½ Thlr. bez., weißer krakauer 77—88½ Thlr. bez., 83—85pfd. pr. Frühjahr 78¼—⅛ Thlr. bez., 78¼ Thlr. Br. und Gld., 85pfd. 81 Thlr. bez. und Gld., Mai-Juni und Juni-Juli 78⅛ Thlr. Gld., Juli-Aug. 78½ Thlr. bez., Juni-Juli 85pfd. 81—81¼ Thlr. bez. — Roggen unverändert, loco pr. 77pfd. 48—49½ Thlr. bez., eine Ladung 82pfd. 49 Thlr. bez., zwei Ladungen transf. 47¾ Thlr. bez., 77pfd. pr. Frühjahr 48¼—⅛ Thlr. bez., ¼ Thlr. Gld., Mai-Juni 48 Thlr. Br., 47⅞ Thlr. Gld., Juni-Juli 48 Thlr. Br., Juli-Aug. 48 Thlr. Gld. — Gerste und Hafer ohne Handel. — Rüböl fester, loco 13 Thlr. Br., 12⅝ Thlr. Gld., April-Mai 12⅞ Thlr. Gld., 13 Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 12 7/12 Thlr. Gld., ⅔ Thlr. Br. — Spiritus etwas fester, loco ohne Faß 17⅙ Thlr. bez., Frühjahr 17¼ Thlr. bez., Mai-Juni 17 5/12 Thlr. Gld., Juni-Juli 17¾ Thlr. Gld., Juli-Aug. 18⅙ Thlr. Gld. — Leinöl fester, April-Mai 12¾—⅚ Thlr. bez. — Palmöl, 1ma liverpooler auf Lieferung 14½ Thlr. gef. — Leinsamen, pernauer 13⅔ Thlr. bez. — Pottasche, 1ma Casan 8⅝ Thlr. gef.

Heutiger Landmarkt: Weizen 68—78 Thlr., Roggen 48—51 Thlr., Gerste 34—36 Thlr., Hafer 24—27 Thlr., Erbsen 46—52 Thlr.

\# **Breslau,** 22. März. Wind: Nord-West. Wetter: neblicht. Thermometer Früh 4° Wärme. Der Wasserstand der Oder ist 4 Zoll gewachsen. Die Angebote blieben sehr reichlich; die Kauflust zurückhaltend, die Stimmung matt.

Weizen vernachlässigt; pr. 85pfd. weißer 70—85 Sgr., gelber 70—84 Sgr. — Roggen ruhig; pr. 84pfd. 52—55—59 Sgr., feinster über Notiz bezahlt. — Gerste flau; pr. 70pfd. weiße 38—39 Sgr., gelbe 36—37 Sgr. — Hafer in geringer Waare mehr offerirt; pr. 50pfd. schlesischer 25—27 Sgr. — Erbsen und Wicken fast unverkäuflich. — Bohnen still. — Oelsaaten ohne Offerten. — Schlaglein fest.

	Sgr.pr.Schfl.		Sgr.pr.Schfl.
Weißer Weizen	72—80—85	Wicken	40—43—46
Gelber Weizen	70—77—85	Bohnen	58—64—68
Roggen	54—57—60		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Gerste	35—38—40	Schlagleinsaat	165—180—210
Hafer	22—24—28	Winterraps	200—215—230
Erbsen	45—51—56	Sommerrübsen	160—170—186

Kleesaat schwach behauptet; rothe 6—9—11—12—13 Thlr., weiße 10—12—15—17½—20 Thlr.

Thymothee ohne Geschäft, 7—8½ Thlr. pr. Ctr. — Kartoffeln gefragt, pr. Sack à 150 Pfd. netto 25—28 Sgr., pr. Metze —.

Posen, 21. März. Wetter: leichter Regen. Roggen: etwas fester. Gek. 25 Wispel. Loco per d. Monat 43 11/24—5/12 bez. u. Br., März-April 43 5/12—⅓ bez. u. Gld., Frühjahr do., April-Mai 43⅓ Br., Mai-Juni 43⅜ Gld., ½ Br., Sept.-Oktbr. 43½ Br.

Spiritus: behauptet. Gek. 9000 Qrt. Loco per d. Monat 16⅝ bez. u. Br., April 16⅜—5/12 Br., Mai 16⅝ Br., Juni 16⅚ Br., Juli 17 1/12 bez., ⅙ Br., August 17½ Br. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redakteur: R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.